



Landesverteidigungsakademie
Wien

NORDAFRIKA IM UMBRUCH – VON DIKTATUR ZU DEMOKRATIE?

Gerald Hainzl und Wolfgang Mühlberger

In Tunesien starteten mit der Selbstverbrennung von Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010 beispiellose politische Umwälzungen. Damit wird der Beginn eines gesellschaftlichen Wandels markiert, der mittlerweile den Großteil der arabischen Welt erfasst hat. Nach dem Sturz des tunesischen Regimes kippte auch die Herrschaft Hosni Mubaraks in Ägypten. In Libyen zeichnen sich ebenfalls gravierende Veränderungen ab. Unter dem Druck der Straße hat die algerische Regierung weitreichende Reformmaßnahmen angekündigt und teilweise bereits umgesetzt. Selbst in Marokko ist das alawidische Königshaus mit massiven Reformforderungen konfrontiert. Die nächsten Monate werden die Richtung der politischen Veränderungen bestimmen und auch von den europäischen Nachbarn eine neue Politik vis-à-vis Nordafrika erfordern.

Chronologie der zivilgesellschaftlichen Revolutionen

In Tunesien begannen bereits 2008 Unruhen in Redeyef (Bergbaustadt in Zentraltunesien), denen Lohnforderungen zugrunde lagen und die vom Regime mit Gewalt unterdrückt wurden. Im selben Jahr kam es in Mahalla (im ägyptischen Nildelta) zu ähnlichen Konfrontationen zwischen der Bevölkerung und dem staatlichen Repressionsapparat. Die Machthaber reagierten mit Schauprozessen und langjährigen Haftstrafen für die Beteiligten.

Ausgehend von diesen ursprünglich sozialen Protesten begannen die politischen Umwälzungen in den bisher betroffenen

Staaten mit großen Demonstrationen im Dezember 2010 (Tunesien) bzw. im Jänner 2011 (Ägypten). Ab diesem Zeitpunkt forderten die Demonstranten nicht mehr nur wirtschaftliche und soziale Verbesserungen, sondern sogar den Rücktritt der jeweiligen Regierungschefs. Eine nicht unwesentliche Rolle zur Mobilisierung der Regimegegner spielten moderne Kommunikationsnetzwerke. Obwohl die Regierungen versuchten, Internet und Mobiltelefonie zu blockieren, konnte die direkte Konfrontation mit den Regimegegnern nicht mehr unterbunden werden. Unter den Parolen „Tunesien ist die Lösung“ und „Das Volk will den Sturz des Regimes“ kam es zu folgenschweren Zusammenstößen. Der Sturz von Präsident Zine El-Abidine

IFK Monitor
März 2011

Ben Ali in Tunesien (14. Jänner 2011) zeigte den Menschen in den Nachbarstaaten schließlich, dass auch ein repressives Regime nicht einfach hingenommen werden muss.

In Ägypten entwickelte sich nach der Ermordung des Bloggers Khaled Said im Juni 2010 durch die Geheimpolizei, der Festnahme des Google-Managers Wael Ghonem im Zuge der Demonstrationen Ende Jänner 2011 sowie der Rückkehr von Mohammed El-Baradei eine Dynamik zugunsten der Regimekritiker. Verstärkt wurde die Unzufriedenheit durch die offensichtlich gefälschten Parlamentswahlen 2010 sowie die Vorbehalte gegenüber der „Vererbung“ des Präsidentenamtes an Gamal Mubarak.

Gesellschaftliche Missstände als Auslöser für die Umstürze

In allen Staaten Nordafrikas gehören ein hoher Anteil an unter 30-jährigen sowie Jugendarbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit (fehlende Umverteilung trotz Ressourcenreichtum und Wirtschaftswachstum) und Korruption zu jenen Faktoren, die zu wachsendem Unmut beitrugen.

Aufgrund der institutionellen Schwäche waren die Machthaber nicht in der Lage, die Grundbedürfnisse der schnell wachsenden Bevölkerung zu befriedigen und dringend notwendige Reformen durchzuführen. Vielmehr wurde das daraus resultierende Legitimitätsdefizit durch einen autoritären Apparat (Polizeistaat) kompensiert, der nicht mehr in der Lage war, auf die Forderungen entsprechend zu reagieren. Dadurch wurden die primär sozialen Anliegen zunehmend durch politische Forderungen überlagert.

Akteure und deren Forderungen

Die anschwellenden Massendemonstrationen halfen vom Regime geschürte Ängste zu überwinden und führten zu einem

Solidarisierungseffekt verschiedener Bevölkerungsgruppen (z.B. Muslime und Kopten in Ägypten) gegenüber den Machthabern. Im Vordergrund standen nicht Partikularinteressen politischer oder konfessioneller Art, sondern die gemeinsame Ablehnung der offensichtlich korrupten Eliten und des Einparteiensystems (RCD in Tunesien, NDP in Ägypten und das „Gaddafi-System“ in Libyen).

Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten waren die Moslembrüder, die beiden Regimes als Vorwand für die systematische Beschneidung von Freiheitsrechten dienten, zwar Teil der Protestbewegung, drängten sich aber nicht mit den eigenen politischen Forderungen in den Vordergrund.

Allen Protestbewegungen in Nordafrika gemeinsam ist der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit (Umverteilung), politischer Mitsprache (Wahlen in einem Mehrparteiensystem) und freier Meinungsäußerung. Konkret gefordert werden besonders die Zulassung politischer Parteien, eine Verfassungsrevision, Versammlungsfreiheit, die Aufhebung der Mediensensur und ein Ende des Ausnahmezustandes (seit der Ermordung von Anwar Al-Sadat und der Amtsübernahme von Mubarak 1981 in Ägypten).

Reaktionen der Regime auf die Unruhen

Gemeinsamkeiten finden sich nicht nur in den Forderungen der Demonstranten, sondern auch im Umgang der Regierungen mit diesen und deren Anliegen.

Die Anwendung von Gewalt war das erste Mittel gegen die Proteste. Sowohl in Tunesien als auch später in Ägypten oder Libyen wurden zusätzlich die nationalen Kommunikationsmöglichkeiten (Internet und Mobiltelefonie) drastisch eingeschränkt. Diese Maßnahmen erwiesen sich allerdings beide als kontraproduktiv und führten sogar zu einem noch höheren Mobilisierungsgrad.

Einem klassischen Verhaltensmuster folgend wurden gegenüber der eigenen Bevölkerung ausländische Kräfte und vis-à-vis der internationalen Gemeinschaft islamistische Gruppen für den Aufruhr verantwortlich gemacht. Zusätzlich wurden internationale Medien wie Al-Jazeera und Al-Arabiya einer verzerrten und einseitigen Berichterstattung beschuldigt. Da der Erfolg dieser Strategie ausblieb, sahen sich die Regime gezwungen, Reformen anzukündigen und erste Zugeständnisse im wirtschaftlichen Bereich zu machen. Darunter waren ökonomische Anreize wie Steuererleichterungen und Subventionen auf Grundnahrungsmittel, die unmittelbare Auswirkungen auf weite Teile der Bevölkerung haben sollten.

Das Verhalten der Streitkräfte war von Land zu Land verschieden. In Tunesien verweigerte die Armee von Anfang an den Schießbefehl, stellte sich auf die Seite der Protestbewegung und gab Präsident Ben Ali letztendlich drei Stunden Zeit, das Land zu verlassen. In weiterer Folge hielten die Streitkräfte die allgemeine Ordnung aufrecht, ohne sich direkt in den sich abzeichnenden politischen Reformprozess einzubringen.

In Ägypten ging die Polizei mit Gewalt gegen die Demonstranten vor. Die Streitkräfte hingegen beobachteten längere Zeit die Lageentwicklung und trugen als neutraler Faktor zur Beendigung gewaltsamer Auseinandersetzungen bei. Mit der Absetzung Mubaraks (11. Februar 2011) und der Einsetzung des Hohen Militärischen Rates haben die Generäle de facto die politische Macht übernommen. Das spiegelt sich auch in der Ernennung von General Ahmed Schafiq zum Premierminister wider.

In Libyen reagierte das Regime auf die Proteste sofort mit Gewalt, wobei sich die Streitkräfte gegenüber Gaddafi zu Beginn loyal verhielten. Im Osten des Landes (Cyrenaika) verbündete sich die Armee jedoch sehr bald mit den Protestierenden. Revolutionsführer Muammar Al-Gaddafi

verfügt in einigen Städten des Westens (Tripolitanien) über einen stärkeren militärischen Rückhalt, der besonders auf dem Einsatz von Söldnern und libyschen Spezialeinsatzkräften beruht.

Perspektiven und Szenarien

Mit den Protesten und dem Sturz der autoritären Staatschefs wurde ein Prozess politischer Reformen eingeleitet. Dieser Reformanstoß birgt das Potential einer Entwicklung demokratischer Systeme, jedoch mit dem Risiko erheblicher Rückschläge.

Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten führen Übergangsregierungen die Amtsgeschäfte. Ihre Aufgabe besteht vor allem darin, notwendige Verfassungsänderungen durchzuführen, um innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes demokratische Wahlen zu ermöglichen. In beiden Staaten hat bereits die Registrierung neuer Parteien begonnen. Eine ähnliche Entwicklung könnte sich derzeit in Libyen abzeichnen. Im Osten hat die politische Konsolidierung mit der Bildung einer Gegenregierung (Libyan National Congress unter der Führung des ehemaligen Justizministers Mustafa Abd El-Jalil) schon begonnen.

Die beiden anderen Maghreb-Staaten, Algerien und Marokko, haben auf die eigenen Unruhen und Massendemonstrationen mit unterschiedlichen Mitteln reagiert. Die algerische Regierung hat mittlerweile den seit 1991 geltenden Ausnahmezustand aufgehoben und zahlreiche Maßnahmen, wie z.B. Preissenkungen auf Güter des täglichen Bedarfs und forcierten sozialen Wohnbau, angekündigt. Marokko versucht ebenfalls auf ökonomischer Ebene gegenzusteuern. Der marokkanische Monarch hat einen Wirtschafts- und Sozialrat ins Leben gerufen, der den ins Stocken geratenen Reformprozess beschleunigen soll. Mit diesen Maßnahmen wurde der Druck der Protestbewegung auf die Regierungen in Algerien und Marokko vorerst abgeschwächt.

Amtliche Publikation der
Republik Österreich
Bundesminister für
Landesverteidigung und
Sport

Medieninhaber, Heraus-
geber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesminister für
Landesverteidigung und
Sport, BMLVS,
Roßauer Lände 1,
1090 Wien

Redaktion:
BMLVS, Landesvertei-
digungsakademie Wien,
Institut für Friedenssi-
cherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a, 1070 Wien
+43 (0) 50201 10 28700
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Redakteure:
Gerald Hainzl
Wolfgang Mühlberger

Erscheinungsjahr:
2011

Druck:
BMLVS/ReproZ Wien

Dennoch bleibt vor allem in Algerien das Risiko, dass die Reformen nicht weit genug reichen, um der Unzufriedenheit der Bevölkerung mittel- und langfristig zu begegnen. Demokratische Reformen werden bei positiven Entwicklungen in Tunesien und Ägypten aller Voraussicht nach verstärkt eingefordert werden.

Der bestehende Migrationstrend in Richtung Europa könnte in Folge der Ereignisse in Nordafrika verstärkt werden. Nach dem Sturz von Ben Ali in Tunesien war kurzfristig ein Anstieg an Flüchtlingen nach Italien (Lampedusa) bemerkbar. Nachdem aber die tunesischen Behörden ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, nahm die Anzahl der Migranten wieder stark ab. Die Auseinandersetzungen in Libyen führen zu massiven Flüchtlingsströmen von Arbeitsmigranten in die nordafrikanischen Nachbarstaaten. Tunesien ist dabei nicht nur von Heimkehrern betroffen, sondern auch von einem hohen Anteil an Ägyptern, die nicht direkt in ihre Heimat fliehen konnten. Europa ist für diese Flüchtlinge kein Ziel. Solange jedoch einzelne Staaten in Nordafrika instabil bleiben, sind vorübergehend stärkere Migrationsbewegungen Richtung Europa nicht auszuschließen.

Ableitungen und Empfehlungen

- Demokratische Entwicklungen hin zu pluralistischen partizipativen Systemen sollten auf partnerschaftliche Weise unterstützt werden.
- Der Zeitfaktor ist von besonderer Bedeutung: Einerseits benötigt der Aufbau politischer Strukturen (Parteien) Zeit, andererseits besteht die Gefahr, dass während dieser Phase Vertreter der alten Systeme ihre Positionen erneut konsolidieren.
- Während Veränderungen im politischen System einen mittelfristigen Zeithorizont haben, sind für nachhaltige wirtschaftliche Veränderungen längere Zeiträume anzusetzen. Die EU sollte daher ihren südlichen Nachbar eine längerfristige ökonomische Perspektive bieten und die subregionale Integration in Nordafrika fördern.
- Humanitäre Hilfe durch externe Akteure zur Bewältigung der Flüchtlingsströme aus Libyen in die angrenzenden Länder ist dringend notwendig, um die ohnehin brüchige Stabilität der postrevolutionären Nachbarstaaten nicht zu gefährden.
- Im Bereich der internationalen Migration sollten die Staaten Nordafrikas weiterhin eng in die Konzepte der EU eingebunden werden.
- Die Klärung des Verbleibs von hunderten Personen, die während der Demonstrationen von Polizei und Militär interniert wurden, sollte auch international eingefordert werden.
- Der Hohe Militärische Rat in Ägypten sollte lediglich die Verfassungsreformen, das diesbezügliche Referendum (19. März 2011) und den Übergang zu einer rein zivilen Regierung garantieren.
- Trotz der relativ geringen internationalen Bedeutung des libyschen Erdöls (2% des weltweiten Handelsvolumens) haben die Entwicklungen in Nordafrika die wirtschaftliche Bedeutung der „Swing Producer“ (Staaten, die in der Lage sind, ihren Output kurzfristig nennenswert zu erhöhen) wie Saudi Arabien bestätigt.
- Die EU wird ihre Außen- und Sicherheitspolitik sowie ihr Stabilitätskonzept für Nordafrika (Union für das Mittelmeer) überdenken und an die neue Situation anpassen müssen.
- Die Angst vor dem politischen Islam wurde von den gestürzten Herrschern gezielt geschürt, um sowohl innerstaatlich als auch gegenüber dem Westen ihren Anspruch als Garanten der Stabilität zu untermauern.
- Dieses Narrativ setzt sich nach deren Sturz im westlichen medialen Echo fort. Bisher sind jedoch keinerlei Anzeichen dafür erkennbar, dass religiöse Fundamentalisten nach iranischem Vorbild die Macht an sich reißen könnten.

IFK Monitor
März 2011